

Eine Systemfrage

Die Umweltorganisation „Mouvement écologique“ feierte vergangene Woche ihren 50. Geburtstag. Im Interview blickt Blanche Weber auf Erreichtes zurück und erklärt, wo es noch Handlungsbedarf gibt.

Was sind in Ihren Augen die größten Errungenschaften des „Mouvement écologique“ in den letzten 50 Jahren?

Aufgrund der Vielfalt der Bereiche, in denen wir aktiv sind, ist es immer sehr schwer einzelne Erfolge hervorzuheben. Von Demokratie und Bürgerbeteiligung über Mobilität und Landesplanung bis hin zu Klima- und Energiefragen sind wir als Organisation thematisch sehr breit aufgestellt. Die nachhaltige Entwicklung umfasst zahlreiche Themengebiete und so tue ich mich recht schwer, ein einzelnes Projekt in die Vitrine zu stellen. Das Wichtigste ist, dass in dieser Zeit eine Reihe von grundsätzlichen Veränderungen stattgefunden haben.

Welche sind das?

Vor 50 Jahren gab es zum Beispiel noch kein eigenständiges Umweltministerium, wofür der „Mouvement Ecologique“ jahrelang gekämpft hat. Außerdem gab es zu diesem Zeitpunkt noch keine von einem Umweltministerium erteilte Auflagen für Firmen, unter denen sie wirtschaften mussten. Es war ein langer Kampf, bis man die Betriebe endlich anhielt, derartige Umweltauflagen zu berücksichtigen. Eine weitere Forderung, für die wir uns besonders stark gemacht haben, war es, die Ökologie in der Verfassung zu verankern. Wir sind eines der Länder, in denen dies der Fall ist. Die recht gute Verankerung hatte große Auswirkungen und zum Beispiel bewirkt, dass bei Gerichtsurteilen ökonomische Aspekte nicht länger von vornherein Vorrang hatten gegenüber ökologischen. Witzig ist übrigens auch ein anderes Dossier. Wir hatten uns während Jahren für eine Mobilitätszentrale stark gemacht

und haben – da die Politik nicht richtig Dampf machte – kurzerhand einfach eine fiktive Stellenanzeige für den Chefposten publiziert. Einige Monate später kam dann von der Seite der Politik Schwung in dieses Dossier. Es gäbe noch viele weitere Beispiele, wie die Schaffung der Naturparke, der Naturschutzsyndikate, die zeigen, dass sich etwas getan hat.

Was war vor 50 Jahren der ausschlaggebende Punkt für die Gründung?

Die Gründung erfolgte von jungen Naturliebhabern, mit der Idee, sich für die Natur einzusetzen. Die Aktivitäten bestanden in den ersten Jahren entsprechend vor allem aus Aktionen im Naturschutzbereich: Vogelberingungen, Hecken-Pflanzaktionen und ähnliches. Durch das Engagement gegen das Atomkraftwerk Remerschen und später Cattenom kam dann die umweltpolitische und gesellschaftspolitische Dimension hinzu. Dies verbunden mit den Fragen der Risikotechnologien oder des Überwachungsstaates. Politiker, wie Gaston Thorn haben uns damals noch etwas belächelt und uns ans Herz gelegt, wir sollten uns als Amateure aus der Politik heraushalten, diese könne das Land schon selbst gestalten. Heute wäre es unvorstellbar, dass ein Politiker engagierten Leuten an den Kopf werfen würde, sie seien Amateure und sollten ruhig sein. Also: Auch

Das Wichtigste ist, dass es Veränderungen gab.

auf der Ebene der Demokratie hat sich doch etwas getan.

Heute sind Umweltthemen in aller Munde. Ist es dadurch leichter, Menschen für „grüne Ideen“ zu bewegen?

Unsere Grundthese ist es, dass es als Erstes an der Politik ist, grundlegende Entscheidungen zu treffen, damit ökologisches Verhalten für den Einzelnen und Betriebe selbstverständlicher wird. Natürlich soll jeder einzelne selbst möglichst verantwortungsbewusst leben, aber es ist auch so, dass die Politik die richtigen Weichen stellen muss, damit sich der Konsument zum Beispiel im Supermarkt nicht bei jedem einzelnen Produkt die Frage stellen muss, ob dieses ökologisch vertretbar ist oder nicht. Da jeder heute weiß, dass der Klimawandel stattfindet, geben die Menschen in Umfragen an, die Politik müsse handeln, um diesem entgegenzuwirken. Dies gilt auch für andere ökologische Fragestellungen. Deshalb fordern wir die politischen Entscheidungsträger dazu auf, endlich verstärkt verschiedene dringend notwendige Grundsatzentscheidungen zu treffen und die Rahmenbedingungen zu verbessern. Parallel fordern wir die Bürger dazu auf, noch stärker ihre Stimme zu erheben, um derartige Schritte von der Politik einzufordern. Die Tram ist ein sehr gutes Beispiel: Dreißig Jahre war sie im Gespräch und wurde von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt, aber es war die Politik, die nicht mutig genug war und nicht schnell genug gehandelt hat.

Aber in Frankreich sieht man aktuell, dass die Politik es nicht einfach hat, wenn sie umwelttechnische Entscheidungen, wie zum Beispiel eine geplante Benzinpreiserhöhung trifft...



Macron hat sich schlecht angelegt. Punkt. Wenn man solche Maßnahmen trifft, muss man sie in einen Gesamtkontext setzen. Erstens muss es aus ökologischer Sicht etwas bringen – dies ist bei diesem Beispiel nicht so eindeutig – und zweitens muss man sich fragen, ob eine Maßnahme dann auch noch sozial gerecht ist. Französische Umweltorganisationen haben im Vorfeld mehrmals darauf hingewiesen, dass diese Maßnahme vor allem auch auf Kosten der sozial schwächeren Schichten geht. Als „Mouvement écologique“ fordern wir sowieso, dass Ökologie und der soziale Aspekt immer zusammen betrachtet werden.

Sie haben der letzten Regierung ein ziemlich gutes Zeugnis ausgestellt. Was halten Sie von angedachten umweltspezifischen Themen, die im jetzigen Koalitionsabkommen stehen?

Als „Mouvement“ pflegen wir die Tradition, bei wichtigen Dossiers – und das ist das aktuelle Koalitionsabkommen sicherlich – zuerst in unserem Verwaltungsrat darüber zu diskutieren, bevor irgendeiner von uns Kommentare darüber in der Öffentlichkeit tätigt. Auch wenn Parteien ihrer Basis nur einen Tag geben, das Abkommen zu lesen, machen wir dies nicht in

einem derartigen Schnellschuss. Es gibt aber grob gesagt, einige Punkte, die wir begrüßen und andere, die wir vermissen, wie zum Beispiel eine nachhaltige Steuerreform.

Dann anders gefragt: Was sind ihre Forderungen an die Politik?

Wir stellen die Frage nach unserem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Der „Mouvement“ ist der festen Überzeugung, dass das aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Modell aus ökologischer Sicht dramatische Konsequenzen hat. Da ist zum einen die Klimaveränderungen aber – und das wird leider zu wenig thematisiert – auch der Verlust der Biodiversität, der auf eine gewisse Art noch dramatischer ist. Bei der Klimaveränderung kann man mit einer Anpassungsstrategie noch vielleicht mit den Folgen – jedoch nur in den reichen Ländern – klar kommen, aber mit dem Verlust der Biodiversität zerstören wir schlichtweg unsere Lebensgrundlage. Das liegt alles vor allem an unserem Wirtschaftsmodell, das noch immer auf materiellem Wachstum setzt und der Chimäre nachläuft, immer mehr Besitz, immer mehr Konkurrenzfähigkeit würden den Menschen gut tun. Wir erwarten von der neuen Regierung, dass unser

Wachstumsmodell endlich hinterfragt und eine wirkliche Debatte geführt wird, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und wie diese nachhaltig gestaltet werden kann. Die bereits erwähnte nachhaltige Steuerreform, welche Dinge wie Ressourcenverbrauch in Betracht zieht, ist zum Beispiel unabdingbar als eine Maßnahme in diesem Sinne.

Wo sehen Sie den „Mouvement écologique“ in 50 Jahren?

Wir hatten als Umweltorganisation in zahlreichen Dossiers konkrete Erfolge, auf die wir auch stolz sein können. Gleichzeitig müssen wir aber auch feststellen, dass es uns nicht gelungen ist – wie dies leider auch in anderen Ländern der Fall ist –, dass sich unsere Gesellschaft in ihrer Gesamtheit in Richtung Nachhaltigkeit entwickelt. Es geht eher volle Pulle in die andere Richtung. Trotz Punktesiegen sind wir dabei das ganze Spiel zu verlieren, um es einmal so zusammenzufassen. Deshalb reicht die Politik der kleinen Schritte auch längst nicht mehr aus, wir brauchen weitreichende Reformen aus sozialer und ökologischer Sicht.

Interview: Hubert Morang
Foto: Isabella Finzi (Editpress)